

## Reagan und El Salvador

Mit dem Beginn der Generaloffensive der vereinigten revolutionär-demokratischen Kräfte (FDR) zum Sturz der 50 Jahre alten Militärdiktatur am 10. Januar 1981 ist „El Salvador“ eines der beherrschenden weltpolitischen Themen und auch innenpolitischer Streitpunkt in der Bundesrepublik geworden.

Während die Bundesregierung auf den „Dialog zwischen den demokratischen Kräften El Salvadors“<sup>1)</sup> zu setzen scheint, vervielfachen die USA ihre Militärhilfe. Die USA sind fest entschlossen, in Mittelamerika ein zweites Nicaragua zu verhindern und gegenüber den revolutionären Kräften der Region eine „klare Linie der Eindämmung“ zu ziehen<sup>2)</sup>.

Zeichnete sich die US-Politik gegenüber den Sandinisten in der Endphase des Befreiungskampfes in Nicaragua durch eine gewisse Unsicherheit und Widersprüchlichkeit aus, so verfügt die Reagan-Administration jetzt, so scheint es, über ein relativ klares und geschlossenes Konzept zur Sicherung des US-Einflusses in Mittelamerika. Dieses Konzept setzt sich aus drei Elementen zusammen:

– Unterstützung einer Regierungsformel und Politik in El Salvador, die zutreffend als „Reform mit dem Würgeisen“ gekennzeichnet wurde. Gegen die Bevölkerung und insbesondere gegen die revolutionären und demokratischen Massenorganisationen wird mit einem Terror vorgegangen<sup>3)</sup>, der dem Pinochets nach dem Putsch in Chile in keiner Weise nachsteht. Gleichzeitig realisiert die Militärjunta bestimmte „Reformen“ wie die Agrarreform und die Verstaatlichung des

Agrarexports, um der Guerilla die soziale Basis zu nehmen<sup>4)</sup>. Die Junta stellt sich dabei selbst als die Kraft dar, die gegen den Terror von links und rechts, für Frieden und soziale Gerechtigkeit kämpft.

– Massive wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung für das Regime in El Salvador. Die USA erhöhen ihre Militärhilfe auf 25 Mio. Dollar, gewähren darüberhinaus eine Finanzhilfe von 200 Mio. Dollar<sup>5)</sup>, und Außenminister Haig nimmt die Regierung Duarte ausdrücklich gegenüber Kritikern aus den rückständigsten Teilen der salvadoreanischen Oligarchie in Schutz<sup>6)</sup>.

– Durch massiven Druck, der von der Streichung der amerikanischen Kredite für Nicaragua, Blockadedrohungen gegenüber Kuba bis zur Abhaltung von umfangreichen Seemanövern im karibischen Raum reicht<sup>7)</sup>, versuchen die USA, die fortschrittlichen Kräfte der Region von jeglicher Unterstützung der salvadoreanischen Revolution abzuhalten und die Ausstrahlungskraft erfolgreicher Revolutionsmodelle durch massive Destabilisierungsversuche zu mindern.

Ideologisch stützen die USA ihre Strategie mit zwei Argumentationslinien ab, der „Reformbereitschaft“ des Regimes Duarte und den angeblichen massiven Waffenlieferungen sozialistischer Staaten an die salvadoreanische Guerilla<sup>8)</sup>. Die USA stützen ihre Argumentation über die „Waffenlieferungen aus sozialistischen Ländern“ im wesentlichen auf einen „Reisebericht“ des Generalsekretärs der salvadoreanischen KP, in dem detailliert festgehalten sein soll, welches sozia-

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) v. 24. 1. 1981.

2) FAZ v. 4. 3. 1981.

3) Vgl. „stern“ v. 26. 2. 1981.

4) Auf die Art und Weise der Durchführung dieser „Reformen“ kann hier nicht eingegangen werden; vgl. den Bericht des ehemaligen Stellvertretenden Leiters des salvadoreanischen Landreformprogramms. „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) v. 11. 2. 1981.

5) Vgl. SZ v. 5. 3. 1981.

6) „El Pais“ v. 6. 3. 1981.

7) Vgl. FAZ v. 24. 2. und „Tageszeitung“ v. 26. 2. 1981.

8) Vgl. „Die Welt“ v. 21. 2. 1981.

listische Land wieviel Waffen an die Guerilla liefern will<sup>9)</sup>.

Es ist davon auszugehen, daß die Reagan-Administration diese schon von Carter formulierte Politik, wenn auch mit einem deutlich aggressiveren Akzent, fortsetzen wird. Der Flügel der salvadoreanischen Oligarchie, der den Kommunismus ausschließlich mit Terror bekämpfen will und dabei auch gewillt ist, gegen Duarte zu putschen, wird weiterhin von den USA im Zaum gehalten werden, brauchen die USA doch das Reformimage des Regimes Duarte, um ihr steigendes Engagement in El Salvador vor der eigenen und der internationalen Öffentlichkeit rechtfertigen zu können.

Analysiert man die Tragfähigkeit der politischen Strategie der USA, so scheint sie in dreierlei Hinsicht gefährdet.

– Es ist die Frage, bis zu welchem Punkt die USA und die von ihr beeinflussten internationalen Institutionen bereit sind, durch massive Finanzspritzen das Regime in El Salvador vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren. Die Regierung Duarte gibt schon jetzt einen Bedarf an Hilfe von 1 Mrd. DM an. Die Summe dürfte sich bei der zugespitzten Lage des Landes laufend erhöhen<sup>10)</sup>.

– Die Guerilla hat in El Salvador eine Stärke erreicht, die es – trotz weitgehen-

der Abriegelung des Waffennachschubs durch die Nord-Amerikaner – als unwahrscheinlich erscheinen läßt, daß der Junta größere Erfolge gegen die revolutionären Kräfte gelingen werden<sup>11)</sup>. Größere Operationen der Guerilla könnten somit jederzeit das Regime erneut destabilisieren und bedeutendere Teile des Militärs (und hier vor allem des mittleren Offizierskorps) veranlassen, auf das Bündnisangebot der revolutionär-demokratischen Kräfte (FDR) einzugehen<sup>12)</sup>. Damit wären die Tage des Regimes Duarte gezählt . . .

– Wollen die USA ihre gegenwärtige politische Linie beibehalten, müssen sie sich bei einem anhaltenden revolutionären Befreiungskampf in El Salvador immer stärker engagieren. Eine solche Politik birgt für sie auf verschiedenen Ebenen Risiken. Es erhöht sich die Gefahr eines Bündnisses aller national gesinnten Kräfte in El Salvador und in der Region gegen die US-Einmischung. Gleichzeitig dürfte sich der jetzt schon starke Protest in Westeuropa und auch in der amerikanischen Öffentlichkeit gegen die Waffenhilfe an das Regime in El Salvador noch erheblich erhöhen<sup>13)</sup>. Zusammenfassend müssen und werden die USA also versuchen, das Regime Duarte politisch, wirtschaftlich und militärisch weitestgehend zu stützen, ohne sich zu stark mit eigenen militärischen Kräften direkt zu engagieren.

Vor diesem Hintergrund läßt sich auch eine Wertung der Initiative der Bundesregierung, „die Demokraten beider Seiten an einen Tisch zu bringen“, vornehmen. Wurde die Initiative auch vielfach so gewertet, daß hier Unterschiede zwischen der Bundesregierung und den USA im Herangehen an das salvadoreanische Problem deutlich würden, so legt eine

9) Ist auch über CIA-Methoden und Fälschungen in der Vergangenheit vieles bekannt geworden, so überrascht doch die Dumm dreistigkeit, mit der hier Dokumente herbeigeschafft werden. Da verfaßt der KP-Chef einen detaillierten schriftlichen Bericht, den er ausgerechnet bei seinem Buder, einem ebenfalls bekannten Kommunisten mitten in El Salvador deponiert. Und dieser Bericht wird dann nicht etwa in El Salvador, sondern 3 Monate nach dem Fund als „unwiderlegbarer Beweis“ in Washington der Presse und den westlichen Verbündeten präsentiert. Da sieht sich sogar Regierungssprecher Becker zu der Bemerkung veranlaßt, daß die „deutsche Regierung die Echtheit der „Dokumente nicht physisch vor Ort überprüfen könne (vgl. FAZ v. 21. 1. 1981).

10) Nach einer AFP-Meldung v. 8. 3. 1981 aus San Salvador plant die Regierung Duarte, das Agrarreformprojekt aufgrund der hohen „sozialen Kosten“ einzufrieren.

11) Vgl. „Die Welt“ v. 23. 2. 1981.

12) Vgl. IDES-Infodienst El Salvador, Nr. 27 v. 26. 2. 1981.

13) Vgl. SZ und „El Pais“ v. 6. 3. 1981.

nähere Analyse doch eine nüchternere Einschätzung nahe.

Die von Bonn implizit vorgenommene Ausgrenzung der revolutionären Volksorganisationen aus dem Spektrum der Demokraten bei gleichzeitiger moralischer Aufwertung Duartes dürfte genau dem Interesse Washingtons entsprechen, das Regime Duarte zu stabilisieren und zu legitimieren. Diese auch von der Führungsspitze der SPD getragene Politik<sup>14)</sup> bedeutet praktisch einen Bruch getroffener Vereinbarungen mit der FDR durch die SPD-Spitze<sup>15)</sup>. Hatte die FDR-Führung doch der deutschen Sozialdemokratie mehrfach dargelegt, daß die Repression in El Salvador nur ein Ende finden kann, wenn die vorherrschenden Kräfte in Militär und Sicherheitsapparat entmachtet werden, und daß eine solche

Entmachtung Vorbedingung bzw. zumindest Inhalt jeglicher politischer Lösung sein muß.

Duartes Macht und politische Position beruhen aber auf einer engen Koalition mit den führenden Offizieren in Armee und Sicherheitsapparaten sowie der massiven Unterstützung durch die USA. Es ist somit unwahrscheinlich, daß in Verhandlungen mit dem Regime Duarte die entscheidenden Hindernisse für Demokratie und sozialen Fortschritt in El Salvador beseitigt werden können.

Auf der anderen Seite besitzen die revolutionär-demokratischen Kräfte, sollte es ihnen gelingen, ihre militärische Position zu halten, bei einer klugen Bündnispolitik und einem Anwachsen der Solidarität in den USA und in Westeuropa durchaus die Möglichkeit, auch die Reagan-Administration in ihrem Handlungsspielraum so einzuengen, daß dieser direkte Verhandlungen mit der FDR lohnender als eine massive Intervention erscheinen.

Roger Peltzer

14) Vgl. Glotz, zit. in der FAZ v. 5. 3. 1981.

15) Diese Vereinbarungen sahen vor, daß die SPD sich bei den USA für direkte Verhandlungen zwischen der FDR und Washington einsetzen wollte (vgl. IDES, Nr. 28 v. 6. 3. 1981).

soeben erschienen

Jürgen Kuczynski  
**Geschichte des Alltags  
des deutschen Volkes**

Fünf Bände

**Band 2: 1650–1810**  
500 Seiten, DM 29,80

**Pahl-Rugenstein**

